

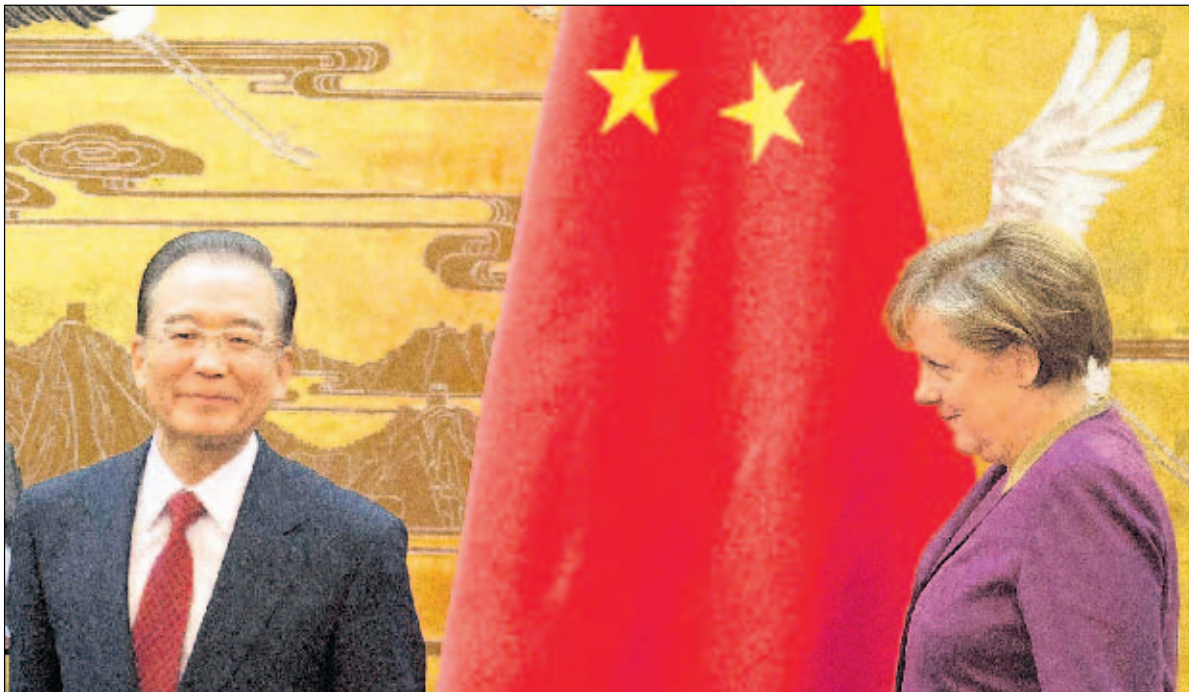
EU gibt Vollgas bei Euro- und Griechenland-Rettung

Wenige Tage nach der Verabschiedung des Fiskalpakts beim EU-Gipfel wollen die Finanzminister der Eurozone weitere Schritte zur Sanierung Griechenlands abschließen: Schuldennachlass und wieder Kredite für Athen.

Thomas Mayer aus Brüssel

Schon in den kommenden Tagen soll es jetzt bei der Entschuldung Griechenlands und der daraus folgenden Stabilisierung des Euro Schlag auf Schlag gehen: Das erwarteten Ratsexperten in Brüssel am Donnerstag, nachdem der Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker für kommenden Montag zu einem Sondertreffen der Finanzminister einberufen hatte.

Drei große Themen stehen an: Zum einen sollte die griechische Regierung nach wochenlangen Verhandlungen mit etlichen Unterbrechungen einen Erfolg beim Schuldennachlass durch private Investoren erzielen. Dann könnte zum Zweiten auf EU-Rat-Ebene über eine weitere Nachbesserung des zweiten Hilfsprogramms für Athen entschieden werden. Die Troika von EU, Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) will bis zum Wochenende eine Mitteilung über den



Kanzlerin Angela Merkel flog als Bote guter Euro-Botschaften zu Chinas Premier Wen Jiabao. F.: Reuters

Stand der Dinge vorlegen. Und schließlich will man sich, wie berichtet, auf höchster Ebene von EU und Mitgliedstaaten dann über eine deutliche Ausweitung der Eurorettungsschirme auf bis zu 1,5 Billionen Euro unterhalten.

Aus Athen hieß es am Donnerstag, man stehe kurz vor einem Abschluss des auf rund 100 Milliarden Euro bezifferten Schuldenschnitts durch Private (also Banken und Versicherungen), sprich des Verzichts auf ihre Forderungen

bei Staatsanleihen. Der Schuldenberg – insgesamt etwa 365 Milliarden Euro – droht alle bisherigen Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen durch die Regierung zu erdrücken. 90 Mrd. sind Kredite, mehr als die Hälfte der Schulden sind Anleihen, wobei auch die Zentralbank 55 Milliarden Euro in den Büchern hat.

Ob die unabhängige EZB sich am Schuldennachlass beteiligt, ist derzeit eine spannende Frage: viele Regierungschefs (auch Kanzler

Werner Faymann) sprechen sich dafür aus. Nur die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ist (derzeit) strikt dagegen.

In Brüssel geht man aber davon aus, dass Deutschland, wie bisher oft, auch in dieser Frage am Ende einlenken wird – sofern bei den Eurofinanzministern geklärt wird, dass Griechenland auf einen realistischen Pfad des Sparens und Umstrukturierens seiner Wirtschaft kommt. Auch Berlin hat größtes Interesse, dass sich die

Märkte etwas beruhigen, wenn Griechenland an Glaubwürdigkeit gewinnt. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, warnte davor, dass Portugal als nächstes Land eine existenzielle Krise drohe, sollte Griechenland fallen.

Merkel befindet sich derzeit auf einer China-Reise, bei der sie Ministerpräsident Wen Jiabao am Donnerstag persönlich über die jüngsten Gipfelbeschlüsse und den Fiskalpakt informiert hat. Wen sagte laut Reuters, sein Land denke darüber nach, über die Rettungsfonds EFSF und ESM mehr an der Überwindung der Schuldenkrise mitzuwirken. Eine Lösung der Krise sei „dringend und wichtig“ für die Weltwirtschaft. China könnte sich nicht nur an den Rettungsfonds der Europäer, sondern auch an einer dritten Euro-Fazilität beim IWF im Umfang von 500 Milliarden Euro zugunsten der Euro-Stabilisierung beteiligen, wie der STANDARD am Mittwoch berichtete.

Parlament gegen Fiskalpakt

Kritische Töne zum Fiskalpakt gibt es weiter aus dem Europäischen Parlament. Die drei größten Fraktionen – Volkspartei (EVP), Sozialdemokraten (S&D) und die Liberalen brachten in Brüssel eine Resolution ein und durch, die deutliche Kritik am Pakt ausdrückt: Dieser unterlaufe die gemeinschaftlichen Institutionen und sei zu einseitig auf Wachstum ausgerichtet.

Regierung in Athen setzt selber einen Sparkommissar ein

Athen/Brüssel – Das nennt man Präventivmaßnahme: Die griechische Regierung will nun einen eigenen „Sparkommissar“ ernennen, der die Umsetzung der harten Sparmaßnahmen überwachen soll. Im Gespräch ist der Generalsekretär des Finanzministeriums, Ilias Plavovitis. Er soll nach übereinstimmenden Berichten mehrerer griechischer Medien mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet sein, im Falle von Abweichungen vom Sanierungskurs neue Maßnahmen anordnen können.

Mit diesem Schritt will die Regierung allen Versuchen der Europartner Wind aus den Segeln nehmen, eine schärfere Kontrolle der Reformen an die weitere Vergabe von Hilfsmilliarden zu binden. Das deutsche Finanzministerium hatte vor dem EU-Gipfel am Montag einen solchen Sparkommissar aus den Reihen der Eurostaaten vorgeschlagen, was von Athen als Versuch der Entmündigung empfunden wurde. (tom, APA)

11,6 Millionen Spanier von Armut bedroht

Arm trotz Vollzeitarbeit – Seit 2008 sind 300.000 Spanier in die Emigration gegangen

Jan Marot aus Granada

Spaniens Jugendarbeitslosigkeit erreichte zuletzt 48,7 Prozent. Wobei es sich nicht nur um „Ni-Nis“ (keine Arbeit, keine Ausbildung) handelt. Immer mehr der mittlerweile 1,5 Millionen jungen Universitätsabsolventen haben das Schlangel stehen vor den Arbeitsämtern satt und wandern aus.

Dieser „Brain-Drain“ könnte Spaniens Weg aus der Krise gefährden, sagt Francisco Aranda vom Unternehmerbund CEOE: „Seit 2008 sind mehr als 300.000 mehrheitlich junge, hoch qualifizierte Spanier ausgewandert.“ Wie auch das Wählerregister belegt, ist deren Präsenz im Ausland binnen vier Jahren um rund 25 Prozent gestiegen. „Das dadurch verlorene Können und Praxiswissen schwächt die Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Aranda, „unserer bisher am besten gebildeten Generation können wir hier keine Perspektiven bieten.“



Statt aufs Arbeitsamt gehen immer mehr gutqualifizierte Spanier ins Ausland. Foto: AP/dapd

Wer die sucht, findet sie andernorts: Knapp die Hälfte der jungen Gastarbeiter aus Spanien zieht es in einen EU-Partnerstaat. In England, Frankreich und Skandinavien decken sie den Bedarf an medizinischem Pflegepersonal. In Deutschland und Polen werken

vornehmlich Ingenieure und Informatiker. Die Schwellenländer Lateinamerikas, allen voran Brasilien, Argentinien und Chile planen bereits vereinfachte Immigrationsbestimmungen für Spanier, aber auch Portugiesen.

Zwar wird unter Ministerpräsident Mariano Rajoy eisern gespart, erstmals wurde nicht einmal mehr der gesetzliche Mindestlohn von 640 Euro angehoben.

Die Arbeitslosigkeit steigt trotzdem ungebremst, liegt bei 23 Prozent. Im Jänner gingen täglich 9000 Jobs verloren. In 1,7 Mio. Haushalten ist niemand erwerbstätig. Über 11,6 Mio. Spanier sind akut von Verarmung bedroht, belegt eine Studie des Europäischen Netzwerks gegen Armut und Ausgrenzung (EAPN). Studienkoordinatorin Gabriela Jorquera: „Mittellosigkeit ist aber nicht zwingend an Arbeitslosigkeit geknüpft. 23 Prozent der in Madrid von sozialer Ausgrenzung gefährdeten Menschen arbeiten Vollzeit.“

Kontrollbank beobachtet Zunahme von Zahlungsverzügen

Wien – Unternehmen in Ungarn und Slowenien können die an sie gestellten Forderungen zunehmend nicht mehr bezahlen. Das zeigen aktuelle Statistiken der Österreichischen Kontrollbank Versicherung AG (OeKB).

Die Kontrollbank, die gegen Insolvenzen und Zahlungsausfälle der Kreditnehmer versichert, sieht eine Verdoppelung beim Volumen der neu gemeldeten Zahlungsverzögerungen. Im Dezember des Vorjahres lagen sie mit etwa drei Millionen Euro noch auf Normalniveau, im Jänner des heurigen Jahres belaufen sie sich auf ungefähr sechs Millionen Euro, so Karolina Offterdinger, Vorstand der OeKB Versicherung AG. Sie sieht darin Parallelen zu den Krisenvorboten aus dem Jahr 2008, als die Zahlungsverzögerungen ebenfalls anstiegen. Allerdings müssten nicht alle Verzögerungen schlagend werden. In Slowenien sind vor allem Papier- und Metallverarbeitung betroffen. (cgf)

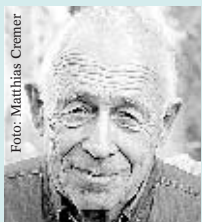
Europa im Diskurs Debating Europe 26. 2. 2012, 11.00 Uhr Geld und Moral: Ist Europas Wertesystem in Gefahr?



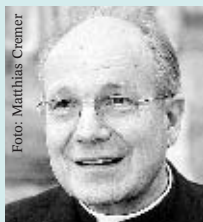
Gesine Schwan
Politikwissenschaftlerin, Dt. Präsidentschaftskand. 05/09



Peter Eigen
Gründer von Transparency International



Heiner Geißler
CDU-Politiker, deutscher Bundesminister a.D.



Christoph Kardinal Schönborn
Erzbischof v. Wien, Kath. Theologe



Moderation: Alexandra Förderl-Schmid
DER STANDARD



Eintritt: EUR 7,-
Ermäßigter Eintritt: EUR 5,-



Die Zeitung für Leserinnen